

02. März 2014 08:12 Uhr

AYSTETTEN

Ein Bausparvertrag sorgt für Ärger

Hätte Aystettens Bürgermeister Wendel den Gemeinderat über einen Vorvertrag informieren müssen? *Von Petra Krauss-stelzer*

Twittern 0

Gefällt mir 0

g+1 3

i



Hat Aystettens Bürgermeister Peter Wendel bei der Bausparkasse Wüstenrot einen Bausparvertrag in Höhe von einer Million Euro für die Gemeinde abgeschlossen, ohne den Gemeinderat zu informieren und sich mit diesem abzustimmen?

Foto: dpa

Hat Aystettens Bürgermeister [Peter Wendel](#) bei der Bausparkasse Wüstenrot einen Bausparvertrag in Höhe von einer Million Euro für die Gemeinde abgeschlossen, ohne den Gemeinderat zu informieren und sich mit diesem abzustimmen? Zu dieser Frage gab es in der jüngsten Gemeinderatssitzung heftige Auseinandersetzungen zwischen den Fraktionen. CSU, Grüne und SPD fühlen sich von den Freien Wählern übergangen, ja sogar getäuscht.

Der Bürgermeister, auf eine entsprechende Anfrage von SPD-Rätin Maria Hackl vorbereitet, ließ auf der Sitzung Wüstenrot-Bezirksdirektor [Johann Kohler](#) aus Auerbach zu Wort kommen. Dieser bestätigte Wendel, korrekt gehandelt zu haben. Es drehe sich nämlich nur um einen Vorvertrag, den Wendel mit der Bausparkasse abgeschlossen hatte, um der Kommune für die Zukunft günstige Zinsen zu sichern. Und dieser Vorvertrag werde erst rechtskräftig, wenn die Abschlussgebühr bezahlt werde, so Kohler.

Laut Auskunft der Kommunalaufsicht am Landratsamt ist für den Abschluss höherer Bausparverträge stets der Gemeinderat zuständig. Wenn ein Bürgermeister vorab einen solchen Vertrag abschließt, sei für dessen Wirksamkeit ein zustimmender nachträglicher Beschluss des Gemeinderates erforderlich. Laut Kohler ist der Vertrag aber erst bei Eintreffen der Gebühr rechtskräftig. „Dieser Vertrag hängt in der Luft, weil der Gemeinderat einer Einzahlung noch nicht zugestimmt hat“, verdeutlichte Kohler gegenüber unserer Zeitung.

„Für mich war es wichtig, für die Gemeinde einen günstigen Zins zu sichern“, betonte Wendel seine Absicht, zumal 2016 ein Darlehen auslaufe. Der Vertrag könne zehn Jahre in dieser Form liegen bleiben, habe ihm die Bausparkasse gesagt. Er habe sich bei seiner Entscheidung auch Rückendeckung von der Rechtsaufsicht geholt.

Ausgelöst wurde die Diskussion im Gemeinderat von SPD-Gemeinderätin Maria Hackl. Die Dritte Bürgermeisterin war im vergangenen Jahr im Rechnungsprüfungsausschuss auf einen Vertragsordner mit der Aufschrift „[Wüstenrot](#)“ gestoßen – der Bürgermeister hätte aber auf Nachfrage nur von einem „Angebot“ gesprochen.

Nach weiteren Recherchen sei sie auf die Existenz eines Vertrags gekommen, und vergangene Woche hätte Peter Wendel ihr geantwortet: „Das wissen doch alle, das wir einen Bausparer haben.“ Vom Vorhandensein eines Vertrags aber hätte niemand gewusst, so auch CSU-Fraktionsführer Theo Seitz, Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses. „Es ist uns nicht die Wahrheit gesagt worden.“ Theo Seitz wandte sich an Peter Wendel: „Einen Vertragsabschluss mit einer Million Euro kann man auch mal an den Gemeinderat melden.“ Wendels Vorgehen gehe „an der Kompetenz des Gemeinderats vorbei“. Maria Hackl will, sagte sie auf Rückfrage, den Vertrag sehen und von den Anwälten im Gemeinderat prüfen lassen.